Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3000
22. 06. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. Juni 1979
am Donnerstag, dem 28. Juni 1979

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung Maßnahmen, wonach in den Behindertenwerkstätten Tätige die Möglichkeit einer betrieblichen Altersversorgung, ähnlich wie sie für Arbeitnehmer in der privaten Industrie bestehen, erhalten können, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, für diesen Personenkreis einen Beitrag zur Vermögensbildung zu leisten, wie dies ebenfalls im Bereich der Privatwirtschaft möglich ist?

2. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, zur Pflege bettlägeriger Schwerbehinderter finanzielle Mittel für eine häusliche Hilfe bereitzustellen, da diese Verfahrensweise wohl kostengünstiger ist als die Bereitsstellung eines Pflegeplatzes im Heim, und beabsichtigt die Bundesregierung diesbezügliche Absprachen mit den Krankenkassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Aluminium ein Nervengift ist, wie ein ärztliches Forschungsteam der Ruhr-Universität laut Rheinzeitung, Koblenz, vom Freitag, dem 15. Juni 1979, festgestellt haben soll, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

4. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um unsere Bevölkerung auf diesem Gebiet aufzuklären und insbesondere bei der Fabrikation aluminiumverpackter Fertiggerichte den Ursachen für gesundheitliche Schäden weitestgehend entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Bemühungen des Bundesbauministers gediehen, die gesamte Wohnungsbauförderung stadtentwicklungspolitisch und familienpolitisch zu überarbeiten?

6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist noch in diesem Jahr mit der Vorlage einer solchen Neukonzeption zu rechnen, wie vom Bundesbauminister in der Allgemeinen Zeitung vom 4. April 1979 angekündigt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

7. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Nutzung von Biomasse für die Gewinnung von Energie werden von der Bundesregierung gefördert, und welche Mittel werden hierfür aufgewandt?

8. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Nutzung von Stroh zur Energiegewinnung, und wie sieht nach ihrer Auffassung die Energiebilanz dieser Art von Gewinnung aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

9. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, daß die derzeitige Förderung und Nutzung der obersten Begabungsschicht der deutschen Jugend ausreicht in Anbetracht der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich der wissenschaftlichen Leistungen in unserer Zeit weit zurückgefallen ist, und in Anbetracht der zu erwartenden Herausforderungen, denen sich unser Volk und Staat in den nächsten Jahrzehnten gegenüber sieht, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

10. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen besitzt die Bundesregierung für die Mobilisierung der obersten Begabungsschicht und deren frühzeitige, ausreichende und intensive Ausbildung zum Nutzen unseres Volks (Dichgans vom 21. Juni 1967 – Die Welt – Fortbildung I)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Aus welchen Gründen müssen die vom Modeschöpfer Oestergard entworfenen grünen Uniformhosen der mit Sicherungsaufgaben im Regierungsviertel beauftragten uniformierten Beamten des Bundesgrenzschutzes in Stiefelschächte gestopft werden?

12. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß den uniformierten Bundesgrenzschutzbeamten wenigstens im Hochsommer das Tragen leichteren Schuhwerks gestattet wird, wie dies auch bei ihren Kollegen in Zivil der Fall ist?

13. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß von Rentnern aus der DDR bei einer Einreise in die Niederlande an der deutschen Grenzübergangsstelle eine Gebühr von 6 DM je Person mit der Begründung erhoben wird, der Rentner habe „keinen gültigen Reisepaß“ und kein Visum, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um hier Abhilfe zu schaffen?

14. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie gemeldet wurde – die niedersächsische Landesregierung den Auftrag für ein regionalwirtschaftliches und ökologisches Gutachten für den Raum um Gorleben gekündigt hat?

15. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Handelt es sich gegebenenfalls bei dieser Entscheidung um eine Maßnahme der Auftragsverwaltung nach Artikel 85 des Grundgesetzes, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entscheidung?

16. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Bei welchen im Jahr 1978 verabschiedeten Gesetzen hat die Bundesregierung im Beratungsstadium Gesetzgebungsplanspiele durchgeführt?

17. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Übernahme der Programme von ARD und ZDF in kommerzielle Kabelfernsehsysteme in Belgien, der Schweiz und in Österreich die Interessen deutscher Staatsbürger verletzt, und ist sie bereit, dies in Ausübung ihrer Fürsorgepflicht in Verhandlungen mit den Regierungen dieser Staaten geltend zu machen?

18. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die infolge der technischen Entwicklung zunehmende Qualität solcher Übernahmen kein individuelles Problem der Autoren und Darsteller mehr ist, sondern europäischer vertraglicher Regelung bedarf, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

19. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß nach Erlaß einer mit dem Datenschutzgesetz des Bundes übereinstimmenden innerkirchlichen Datenschutzordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland der Austausch von bei den Einwohnermeldeämtern vorhandenen Daten, die für die kirchliche Gemeindearbeit unerläßlich sind (Bau und Betrieb von Altersheimen, Altenstuben, Sozialstationen, Kindergärten, Gemeindezentren usw.) mit dem Hinweis auf das Datenschutzgesetz des Bundes durch die zuständigen Behörden verweigert werden kann, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen ihrer Zuständigkeit unternehmen, um den Kirchengemeinden eine insoweit nötige Grundlage für ihre Gemeindearbeit zu verschaffen?

20. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung die mit der Verminderung der Zahl der Sonderwagen SW I und II zwangsläufig verbundene Einschränkung der Einsatzbereitschaft des Bundesgrenzschutzes auszugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

21. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 12. Februar 1979 in einer Heidelberger Buchhandlung das Buch „texte der RAF" „wegen Verdachts eines Vergehens nach Paragraph 129 a StGB" beschlagnahmt wurde?

22. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Sieht die Bundesregierung hier nicht einen Widerspruch zu der Tatsache, daß in der vom Bundesjustizminister herausgegebenen Schrift „Zur ideologischen Begründung des Terrorismus" von Konrad Hobe dieses Buch auf den Seiten 17, 18, 21, 26 und 33 zitiert und auf Seite 48 im Literaturverzeichnis als eine Quelle aufgeführt wird, mit der nach Bundesjustizminister Dr. Vogel „die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus auf sachlicher Grundlage zu führen" ist?

23. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Welche Probleme treten nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Unterbringung drogenabhängiger Strafgefangener in Anstalten des allgemeinen Strafvollzugs auf?

24. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Lösung der mit der Unterbringung drogenabhängiger Strafgefangener in Anstalten des allgemeinen Strafvollzugs verbundenen Probleme immer dringender wird, und welche Überlegungen stellt sie dazu gegebenenfalls an?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Bedeutet nicht die Regelung des § 39 Abs. 5 Satz 3 EStG, nach der bei Ehegatten, die beide Arbeitnehmer sind, ein Wechsel der Lohnsteuerklassen im Laufe des Jahrs nur gemeinsam beantragt werden kann, eine Härte für die Ehefrau in solchen Fällen, in denen der besser verdienende Ehemann in Steuerklasse III, die weniger verdienende Ehefrau in Steuerklasse V eingruppiert ist, die Ehegatten sich im Laufe des Jahres trennen und der Ehemann sich weigert, einem Wechsel der Lohnsteuerklasse zuzustimmen?

26. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Wäre die Bundesregierung bereit, eine Änderung der gegenwärtigen Rechtslage etwa dergestalt vorzunehmen, daß im Fall des Auszugs eines der Ehegatten aus der gemeinsamen Wohnung für einen Lohnsteuerklassenwechsel nicht mehr die Zustimmung beider Ehegatten erforderlich ist?

27. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen und Unterlagen darüber vor, daß durch anonymen Barkauf effektiver Stücke (Aktien, Pfandbriefe, Kommunalobligationen) am Bankschalter und anonyme Bareinlösung der Coupons bzw. Zinsscheine der § 154 der Abgabenordnung unterlaufen und damit Einkünfte aus Kapitalvermögen der Besteuerung entzogen werden, und wenn ja, welche Gegenmaßnahme hält die Bundesregierung für geeignet?

28. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Sonderprogramm Ruhr – wie es in der Ruhrgebietskonferenz vom 8./9. Mai 1979 umrissen worden ist – zu einer Benachteiligung anderer Regionen des Bundesgebiets, insbesondere des ostwestfälischen und Paderborner Raums, führen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

29. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Auslastung der inländischen Raffineriekapazitäten zu erhöhen, um damit die Abhängigkeit von Produktimporten zu vermindern?

30. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Welche Preiswirkungen auf die wichtigsten Mineralölprodukte hält die Bundesregierung durch eine erhöhte inländische Mineralölverarbeitung für möglich?

31. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Trifft es zu, daß mehr als 70 Prozent der deutschen Versorgung mit Heizöl, Dieselöl und Benzin aus direkten Rohölimporten der Bundesrepublik bei einer Erhöhung der Einstandspreise seit Jahresbeginn von „nur“ vier bis fünf Pfennig pro Liter stammen, also nicht über den Rotterdamer Markt

eingeführt werden, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß durch eine Verbesserung der Angebots- und Preistransparenz vor allem auf dem Rotterdamer Ölmarkt Spekulationen gegen die Verbraucher und Fehlreaktionen der Verbraucher eingeschränkt werden können?

32. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Verbraucher von Heizöl durch Anzeigen, Broschüren etc. über die sich abzeichnenden Entwicklungen auf dem Heizölmarkt sowie die Entwicklung auf den Märkten für Heizölsubstitute aufzuklären und auf die alternativen Wärmetechnologien hinzuweisen, und wird sie ihre Bemühung in diese Richtung gegebenenfalls noch intensivieren?

33. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, um den Verbrauchern von Heizöl die Zusammenhänge zwischen Importanteil und Inlandsproduktionsanteil beim Heizöl, die sich hieraus ergebenden Auswirkungen auf die Kostenstruktur sowie die Verbraucherpreise durchsichtiger zu machen?

34. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland für ihren Nettoimport an Rohöl und Ölprodukten seit 1970 entwickelt, und mit welchen Aufwendungen muß in diesem Jahr, unter besonderer Berücksichtigung des Kostenanteils, der auf Zukäufe auf dem Rotterdamer Ölmarkt zurückzuführen ist, gerechnet werden?

35. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die durch die Erhöhung der Ölpreise eingetretenen und zu erwartenden Einbußen des Wirtschaftswachstums?

36. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie konnte die Bundesregierung am 20. Juni 1979 auf meine mündliche Anfrage zu der stromwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Elektrizitätswirtschaft und Industrie noch mitteilen, es sei eine Einigung erfolgt, wenn schon am 19. Juni vormittags der Deutsche Bundestag vom Scheitern der Verhandlungen unterrichtet wurde?

37. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Welche Auswirkungen auf einen prognostizierbaren Strombedarf erwartet die Bundesregierung von einer möglichen tariflichen Förderung des Einsatzes der elektrischen Wärmepumpe?

38. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einsatzmöglichkeiten alternativer, nichtelektrischer Wärmepumpen, und wie soll deren Einsatz gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

39. Abgeordneter **Painter** (FDP)

In welchem Umfang wurde in den letzten Jahren von der öffentlichen Hand des Bundes die Aufforstung von Flächen gefördert, und verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Maß im gleichen Zeitraum Wald für Baumaßnahmen und dergleichen abgegeben werden mußte?

40. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Hat die Bundesregierung Angaben darüber, in welchem Maß Hühner-, Schweine- und in jüngster Zeit auch Rinderzucht in Form sogenannter bodenunabhängiger Veredlung betrieben wird, und was kann im Zuständigkeitsbereich des Bundes dagegen getan werden, daß durch solche Großbetriebe den bäuerlichen Familienbetrieben auf Dauer möglicherweise die Existenzgrundlage entzogen werden könnte?

41. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung im einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb gegen die Aufschließung von Stroh mit Natronlauge zur Verwendung als Futtermittelkomponente keine Bedenken erhebt, während sie zur Produktionsaufnahme bereiten Futtermittelherstellern seit mehreren Jahren die Zulassung versagt, und ist ihr bekannt, daß z. B. in Großbritannien bereits in ca. zehn Werken dieses Verfahren industriell angewendet wird?

42. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In welchem Umfang und wie fördert die Bundesregierung Maßnahmen des Naturschutzes im Zusammenhang mit Flurbereinigungsverfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

43. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wurde seitens der Bundesregierung das vom Verteidigungsausschuß und vom Bundesverteidigungsministerium bisher einvernehmlich verfolgte Ziel aufgegeben, zur Angleichung an andere vergleichbare Bereiche des öffentlichen (mittleren) Dienstes auch für die Hauptfeldwebel der Bundeswehr einen 30 prozentigen Anteil von Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 bereitzustellen und wurde statt dessen eine neue Zielvergabe von 25 v. H. angekündigt, die sogar erst in zwei Jahresschritten in den Haushaltsjahren 1980 und 1981 verwirklicht werden soll, und wenn ja, warum?

44. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung das oben genannte Ziel eines 30 prozentigen Stellenanteils A 9 endgültig aufgegeben, und wäre mit einem 25 prozentigen Stellenanteil es später möglich, alle betroffenen Soldaten so rechtzeitig in die Besoldungsgruppe A 9 einzuweisen, daß sie mit dem Anspruch auf diese Besoldungsgruppe zur Ruhe gesetzt werden können?

45. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welchen Ausgang hat das Disziplinarverfahren gegen den bei der Bundeswehrverwaltung beschäftigten Bundesvorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hans-Günther Schumacher, genommen, und wie wurden die Öffentlichkeit und der Deutsche Bundestag davon unterrichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch den Bundesverkehrsminister oder einen der Parlamentarischen Staatssekretäre sich an Ort und Stelle mit der Argumentation der betroffenen Gemeinden und Städte und der Bürgerinitiativen im Würzburger Raum zu den Neubauplänen der Deutschen Bundesbahn für

die Strecke Hannover–Würzburg auseinanderzusetzen, nachdem der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung vom 13. Juni 1979 die Petition der Bundesregierung zur Erwägung überwiesen hat?

47. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach wie vor erhebliche Unregelmäßigkeiten im Personenzugverkehr, die auf Grund der Umstellung auf den Sommerfahrplan aufgetreten sind, zur Verärgerung der Reisenden führen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten zur Verbesserung der Fahrplansituation?
48. Abgeordneter **Gertzen** (SPD)	Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Ausbau der Autobahn 98 von Singen nach Lindau zu fördern?
49. Abgeordneter **Gertzen** (SPD)	Ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung den Ausbau der Autobahn Memmingen – Lindau ebenfalls in die Dringlichkeitsstufe 1 a aufnimmt, zumal nach dem Ausbau des Pfändertunnels nicht nur der Anschluß an die österreichische Autobahn Richtung Süden hergestellt ist, sondern auch der Reschenpaß für Italienreisende schneller erreicht werden kann und damit eine starke Verkehrsentlastung im Großraum München erreicht wird?
50. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die unter Seeleuten verbreitete Auffassung, daß die neu eingeführte Qualifikation eines Schiffsbetriebsmeisters weder auf See noch an Land die mit der Ausbildung verbundenen Erwartungen rechtfertigt, und ist sie gegebenenfalls bereit, eine neue Perspektive für den Schiffsbetriebsmeister aufzuzeigen?
51. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung in Anbetracht der Erdölverknappung in den nächsten Monaten entgegen der Aussage des Regierungssprechers, ein Tempolimit sei momentan nicht aktuell, doch eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h für Personenkraftwagen in absehbarer Zeit auf allen Straßen im Bundesgebiet einführen wird?
52. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, in der nächsten Zeit ähnliche Energiesparmaßnahmen anzuordnen, wie dies zur Zeit in einigen Nachbarländern (z. B. Dänemark, Belgien) oder in den Vereinigten Staaten praktiziert wird?
53. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)	Haben nach Ansicht der Bundesregierung die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit, die durch die Kostensituation auf dem Mineralölsektor bedingten Preissteigerungen für die von ihnen verwendeten Kraftstoffe um mehr als 25 v. H. anders als durch Tariferhöhungen abzufangen, und würde die Bundesregierung durch derartige Tariferhöhungen nicht das Konzept gefährdet sehen, den öffentlichen Personennahverkehr zu einer echten Alternative des privaten Personennahverkehrs zu machen?

54. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundespostministers, der mit Erlaß vom 6. April 1979 an die Oberpostdirektionen verfügt hat, daß es sich nach der Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfasungstreue erübrige, Beschäftigte bei der Einstellung über die politische Betätigung gegen die demokratische Grundordnung zu belehren, und wie wird der Wegfall dieser Belehrung begründet?

55. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn für vereinbar, daß der Beamte bei der Einstellung nicht mehr auf seine Pflichten, die ihm auf Grund der Verfassung und der Beamtengesetze obliegen, hingewiesen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

56. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bzw. das ihm nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben – unternommen, um mehr als bisher an Informations- und Dokumentationsmaterial über die Vorgänge und Hintergründe des Arbeiteraufstands am 17. Juni 1953 zur Verfügung stellen zu können?

57. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Grundgesetzes und der Karlsruher Urteile von 1973 und 1975, wonach es die Pflicht aller Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland ist, auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hinzuwirken, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und ihr Gesamtdeutsches Institut in Zukunft zu einer gründlicheren Auseinandersetzung um das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 anhalten?

58. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung die Veröffentlichung der Anzeige „Reisen, Entdecken, Erleben – 1979 – 30 Jahre DDR“ des „Reisebüros der Deutschen Demokratischen Republik“ im Aprilheft der Bundesbahnzeitschrift „Schöne Welt“?

59. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Sind gleiche oder ähnliche Anzeigen in anderen Presseorganen erschienen oder vorgesehen, die von bundeseigenen Einrichtungen herausgegeben, in Auftrag gegeben, finanziert oder vertrieben werden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

60. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist in der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes eine Ausarbeitung angefertigt worden, nach der im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980 besondere Anstrengungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung notwendig sind und vorbereitet werden sollen, und in der vorgeschlagen wird, ein Gutachten darüber einzuholen, „welches die Reizworte sind, die angesichts vorhandener Unsicherheiten eher vermieden werden und welche stattdessen gefunden werden sollten“?

61. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Ausarbeitung die Ergebnisse des Gutachtens als „besonders wichtig" bezeichnet, „falls – wie schon 1976 – die Wahlplattform (der SPD) für 1980 im Bundeskanzleramt vorbereitet wird", und daß es für „wünschenswert gehalten wird, wenn Ergebnisse bereits für die Öffentlichkeitsarbeit ab Herbst zur Verfügung stünden (z.B. Anzeigenkampagnen, bundespolitische Musterargumentationen etc.)"?

62. Abgeordneter **Hasse (Kassel)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Wahlplattform der SPD für die Bundestagswahl 1980 im Bundeskanzleramt vorbereiten lassen?

63. Abgeordneter **Hasse (Kassel)** (CDU/CSU)

Wie glaubt die Bundesregierung gegebenenfalls die Erarbeitung einer Studie über die Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit im Wahljahr 1980 und die darin vorgesehenen Aktivitäten (Gutachterauftrag, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit mittels politischer Reizwörter, Vorbereitung der Wahlplattform im Bundeskanzleramt, Erarbeitung bundespolitischer Musterargumentationen usw.) mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vor Bundestagswahlen vereinbaren zu können, wonach es gegen das Grundgesetz verstößt, wenn die amtierende Bundesregierung sich sozusagen selbst zur Wahl stellt, indem sie werbend und parteiergreifend in den Wahlkampf eingreift, und dadurch das Recht der anderen politischen Parteien auf Chancengleichheit verletzt?

64. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es gegen Amts- und Dienstpflichten verstößt, wenn Angehörige des Bundeskanzleramtes oder der Bundesministerien sich dienstlich mit Aktivitäten wie Erarbeitung von Wahlkampfplattformen und Musterargumentationen befassen, die als Wahlkampfhilfe für die die Regierung tragenden Parteien zu qualifizieren sind, oder wenn sie mit solchen Tätigkeiten beauftragt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

65. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Wie viele Planstellen und wie viele Stellen könnten gegebenenfalls im Einzelplan des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes künftig eingespart werden, wenn die Arbeiten im Bundeskanzleramt auf dessen eigentliche Aufgaben konzentriert und Aktivitäten der in der Ausarbeitung des Kanzleramtes über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Wahlkampfjahr geschilderten Art entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 unterlassen würden?

66. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bei welchen Themen sieht die Bundesregierung die Schwerpunkte ihrer Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr?

67. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr insgesamt oder bei einzelnen dieser Themen gegenüber 1979 und dem Vorjahr zu verstärken, gegebenenfalls aus welchen Gründen?

68. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Anzeigenaktionen in den nächsten 18 Monaten im Vergleich mit den Jahren 1977 und 1978 sowie im ersten Halbjahr 1979 zu verstärken?

69. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Herausgabe von Broschüren in den nächsten 18 Monaten im Vergleich mit den Jahren 1977 und 1978 sowie dem ersten Halbjahr 1979 zu verstärken (und zwar Anzahl der Titel und/oder Auflage)?

70. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung ab Herbst 1979 „bundespolitische Musterargumentationen" erarbeiten, und wenn ja, auf welche politischen Themen beziehen sich diese, und sind solche „bundespolitischen Musterargumentationen" auch schon im Jahr 1976 im Bundeskanzleramt oder in Bundesministerien ausgearbeitet worden?

71. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, diese „bundespolitischen Musterargumentationen" allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

72. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Absicht der polnischen Seite zu reagieren, Patenschaften mit deutschen Städten auf Grund von Verträgen zu gestalten, deren übereinstimmende Präambeln die einseitige polnische Auslegung der Ostverträge zum Ausdruck bringen?

73. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Fällt es nach Meinung der Bundesregierung in die Kompetenz von Städten, in Patenschaftsabkommen Formulierungen zu übernehmen, die Verträge mit anderen Staaten eigenwillig und in gegebenen Fällen in verfassungswidriger Weise interpretieren, und wenn nein, was kann und wird die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen unternehmen?

74. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, in Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen den deutschen Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, sich nicht durch ein einziges Anwaltsbüro beraten lassen zu müssen, damit u. a. vermieden werden kann, daß Marktrecherchen als Wirtschaftsspionage verdächtigt und verfolgt werden?

75. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Deutsche aus Rumänien, wenn sie als Besucher hier geblieben sind, ein Jahr und länger auf die Entlassung aus der rumänischen Staatsangehörigkeit warten müssen, bevor ein Antrag der in Rumänien verbliebenen Familienangehörigen auf Ausreise gestellt werden kann, und was gedenkt sie zu tun?

76. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Liegen die Planungen der amerikanischen Regierung, mitgeteilt durch den zukünftigen Nato-Oberbefehlshaber Rogers, im Persischen Golf eine militärische Truppe als „Feuerwehr" zu stationieren, im außen- und sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland?

77. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß diese Ankündigung bei einigen Staaten in der Region des Persischen Golfs Beunruhigung hervorrufen kann, und hält sie dieses für die Stabilität in dieser Region für vorteilhaft?

78. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Planungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, eine militärische „Feuerwehr“ zum Einsatz im Persischen Golf und anderen Krisengebieten zusammenzustellen, für vereinbar mit Artikel 1 des Nordatlantikvertrags, wonach sich die Parteien verpflichten, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Weg so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden und sich in den internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten?

79. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Ankündigung, daß diese Truppe nicht der Nato unterstellt werden soll, für ausreichend, um eine Auswirkung auf Planungen und Aktionen der Nato auszuschließen und so eine Verwicklung in militärischen Aktionen dieser Truppe zu vermeiden?

80. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Absichten der amerikanischen Regierung, mitgeteilt durch den zukünftigen Nato-Oberbefehlshaber Rogers, die Errichtung einer militärischen „Feuerwehr“ zu entwickeln, die u. a. zur Sicherung der Ölversorgung im Persischen Golf aktiv werden soll?

81. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Sind in diesem Zusammenhang der Bundesregierung Absichten bekannt, Teile dieser Truppe unter Umständen auch in anderen Nato-Staaten zu stationieren?

82. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Hat Bundesaußenminister Genscher bei seinem Besuch in Lybien mit der lybischen Regierung über seine angekündigte Initiative zur internationalen Ächtung der Todesstrafe gesprochen?

83. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung und Situation in Nicaragua?

84. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Zusammenarbeit und Spezialisierung in der Produktion, insbesondere in der Kupferindustrie, der Nutzung von Erzlagern und Energiestoffen, sowie welche Kooperationen auf Drittmärkten sind im einzelnen bei der letzten Tagung der deutsch-polnischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt worden, und welche neuen Bürgschafts- und Kreditzusagen sind in Aussicht gestellt oder diesbezüglich erteilt worden?

85. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung auf Grund der pflichtgemäßen Prüfung der Verwendung von Haushaltsmitteln nachweisen, welche der von ihr geförderten Thesen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen den von der Bundesregierung postulierten Zielen „ein vorurteilsfreies Bild über die gegenseitigen Beziehungen zu vermitteln“ und die „gutnachbarlichen und langjährigen friedlichen Epochen in der Geschichte des deutsch-polnischen Volks“

gemeinsam darzustellen (Antwort der Bundesregierung vom 12. Juni 1979) entsprechen, und warum fördert sie nicht in Unterstützung dieser Ziele und freiheitlicher wissenschaftlicher Forschung Alternativen samt wissenschaftlichen Korrekturen zu den in der Fachwelt streitig behandelten Schulbuchempfehlungen?

86. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die israelische Regierung die Resolution der EG über die Siedlungspolitik Israels im Gaza-Streifen und in Westjordanien als Verletzung des Friedensprozesses im Nahen Osten und als Entmutigung für die Verhandlungen über die Autonomie der besetzten arabischen Gebiete bezeichnet – wie in der Presse gemeldet wurde –, und wie beurteilt die Bundesregierung zutreffendenfalls diese israelische Reaktion?

87. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Konnte die Bundesregierung nach ihrem Kenntnisstand die Reaktion der israelischen Regierung auf die EG-Resolution vorhersehen, und was bezweckte die Bundesregierung bejahendenfalls mit der Unterstützung dieser Resolution?

88. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wieviele Abgeordnete und Senatoren aus Brasilien hat die Bundesregierung seit Oktober 1969 in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen, aufgeteilt nach den einzelnen Parteien?

89. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wurden bei der letzten Einladung ohne Hinzuziehung der brasilianischen Botschaft zu den Vorgesprächen nur zwei Senatoren und ein Abgeordneter der Oppositionspartei berücksichtigt, und wenn ja, aus welchen Gründen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen in den Jahren 1978 und 1979 die tschechoslowakischen Behörden Bundesbürgern das beantragte Einreisevisum in die CSSR versagt haben, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?

2. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die tschechoslowakische Regierung um Auskunft über die Gründe für diese Versagung gebeten, und wenn ja, welche Gründe wurden dabei genannt?

3. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es die Bundesregierung unterläßt, bei Familienzusammenführungen, in denen ein Teil mit einem Besuchervisum in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und dann hier geblieben ist, in den Außenministerien der betroffenen Staaten zugunsten der Ausreisewilligen zu intervenieren, wie dies in den anderen Fällen jeweils geschieht, und wenn ja, aus welchen Gründen?

4. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung den Wunsch der Versammlung der WEU, einen Tätigkeitsbericht von der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe vorgelegt zu bekommen?

5. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie ist die Erklärung der sowjetischen Botschaft in Bonn, die die Ausweisung von zwei sowjetischen Journalisten als „Willkürmaßnahme" und „Insinuation" bezeichnet, mit der völkerrechtlichen Verpflichtung der UdSSR aus dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 (Artikel 41 Abs. 1 Satz 2) vereinbar, „sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaats einzumischen"?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zahlreiche Ortsverbände des Technischen Hilfswerks wegen katastrophaler Finanzlage ihren Dienstbetrieb erheblich einschränken müssen, weil die Bemessungsgrundsätze für die Einheiten seit sechs Jahren nahezu unverändert geblieben sind, der allgemeinen Kostenentwicklung nicht angepaßt wurden und die Kostensteigerung für Heizöl und Betriebsstoffe, verbunden mit der Witterung der letzten Monate, die ohnehin knappen Mittel vorzeitig aufgezehrt hat?

7. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen zur schnellen Abhilfe beabsichtigt die Bundesregierung, um die volle Funktionsfähigkeit des Technischen Hilfswerks wieder herzustellen und zu vermeiden, daß kommunale Gebietskörperschaften im Interesse der Sache hilfsweise die Untergliederungen einer Bundesanstalt unterstützen müssen?

8\. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen und nach den Grundsätzen ihrer Sportförderung die vom Deutschen Turnerbund verlangten WM-Verpflichtungen für die Kunstturnerinnen der Leistungsklasse I, die unter anderem von den Aktiven „volles Engagement unter Hintanstellung aller persönlichen Interessen" und auch die Hinnahme schulischer Minderleistungen verlangen?

9\. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Absichten gibt, iranische Staatsbürger, die dem jetzigen Regime nicht genehm sind, aus der Bundesrepublik Deutschland zu entführen, bzw. sie hier vor Ort hinzurichten, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zum rechtsstaatlichen Schutz dieser Bürger zu unternehmen?

10\. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Halten die Bundesminister Franke und Dr. Schmude in der Frage der Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern für eine Tätigkeit in Bundesministerien oder nachgeordneten Behörden die Anlegung strengerer Maßstäbe bei aus der DDR kommenden Bewerbern für diskriminierend – wie in der Presse gemeldet wurde –, und welche Auffassung wird sich hierzu die Bundesregierung zu eigen machen?

11\. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Deutsche, gegen die wegen Spionage zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 Strafverfahren durchgeführt oder Ermittlungen geführt worden sind, als Erwachsene aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt sind?

12\. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, der dem Bundesinnenminister vorgelegt wurde, die Atomkraftwerke im Bereich der möglichen Absturzschneise des ehemaligen Himmelslabors „Skylab" der Vereinigten Staaten von Amerika abzuschalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13\. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche Staaten haben die Richtlinie des Rats vom 19. Dezember 1977 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern (77/799 EWG) bereits in nationales Recht umgesetzt?

14\. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche Kann- oder Soll-Bestimmungen der Richtlinie sind dabei in Muß-Bestimmungen umgewandelt worden?

15\. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Einheitswerte bebauter Grundstücke, die in der Fluglärmzone II liegen, bei der nächsten Hauptveranlagung nur noch um 5 v. H. und nicht mehr um 8 v. H. ermäßigen will, obwohl die Belastungen durch den Flugverkehr durchweg zugenommen und die Grenzziehung zwischen Fluglärmzone I und II immer problematischer wird, und wenn ja, wann?

16. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie läßt sich die vom Bundesfinanzminister beabsichtigte steuerliche Schlechterstellung der Eigentümer von in Fluglärmzone II gelegenen bebauten Grundstücken mit den Bemühungen, insbesondere des Bundesinnenministers, vereinbaren, z. B. auf der Grundlage von Ermittlungen des Bundesamts für Umweltschutz in Berlin Hilfsmöglichkeiten, zu denen auch steuerliche Entlastungen gehören, demselben Personenkreis anzubieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

17. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Meldungen der Wirtschaftspresse bekannt, daß die Stahlunternehmen der Bundesrepublik Deutschland genügend Aufträge und ausreichende Erträge haben, und ist die Bundesregierung bereit, für die Ausweitung der Liefermengen, das heißt für die Aufhebung der Selbstbeschränkung, einzutreten, vor allem, um damit einen weiteren Preisanstieg zu bremsen?

18. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission die Tatsache gerügt, daß der 1. April 1979 verstrichen ist, ohne daß es zu der versprochenen Transparenz der staatlichen Subventionen im Stahlsektor der Gemeinschaft gekommen ist, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

19. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung nicht auch den Eindruck, daß die notwendigen Strukturverbesserungen im Stahlsektor in der Gemeinschaft auf Grund der besseren Konjunkturlage unterbleiben und damit die nächste Stahlkrise praktisch wieder vorprogrammiert ist, die dann wieder durch die künstlich erhöhten Preise zu Lasten der Stahlverarbeiter bereinigt werden müßte, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

20. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie wird nach Auffassung der Bundesregierung die weltweite Erhöhung der Ölpreise die Wettbewerbssituation auf dem europäischen Stahlmarkt beeinflussen?

21. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlproduzenten auch bei Massenstählen auf dem europäischen Markt?

22. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die im tourismuspolitischen Schwerpunktprogramm des Bundes (Drucksache 7/3840, Seite 41, vgl. auch Drucksache 8/2805) erwähnten Modellvorhaben der touristischen Naherholung zu finanzieren?

23. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die ihr bereits vorliegenden konkreten Anträge auf Finanzierung einzelner Projekte, insbesondere das Projekt des Weiltal-Sees im Hochtaunuskreis?

24. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Aus welchen Mitteln ist die Finanzierung vorgesehen, und in welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung, sich an dem Modellprojekt zu beteiligen?

25. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung für die finanzielle Beteiligung an dem Modellvorhaben des Weiltal-Sees ein Hindernis darin, daß im Land Hessen kein entsprechendes touristisches Förderungsprogramm existiert?
26. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen europäischen Ländern für eine selbständige Tätigkeit im Gastgewerbe der Nachweis einer fachlichen Qualifikation erbracht werden muß, und kann sie die Unterschiede gegenüber der Bundesrepublik Deutschland darstellen?
27. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die in den Ländern der EG gebräuchlichen Qualifikationsnachweise hinsichtlich eines wirksamen Verbraucherschutzes bewährt haben, und beabsichtigt sie, im Rahmen der allgemeinen Harmonisierungsbestrebungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch auf diesem Sektor eine Angleichung der Rechtslage vorzunehmen?
28. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung gegen eine entsprechende Qualifikation im Gaststättengewerbe, da doch gerade in diesem Gewerbe eine Vielfalt von verbraucherbezogenen Schutzvorschriften zu beachten ist, z. B. lebensmittelrechtliche Bestimmungen, Hygienebestimmungen, Sicherheitsbestimmungen, Brandschutz, Jugendschutz etc.?
29. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Herstellung und Zubereitung von Speisen aus Lebensmitteln und deren Weitergabe an Dritte qualifizierte Kenntnisse im Umgang mit Lebensmitteln und der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen voraussetzt?
30. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Ließ das Bundeswirtschaftsministerium 850 Millionen fälschungssichere Benzinbezugsscheine drukken – wie in der Presse gemeldet wurde –, und wenn ja, wie ist dieser Tatbestand in Übereinstimmung mit den Erklärungen des Bundeswirtschaftsministers zu bringen, daß Probleme der Heizöl- und Benzinversorgung marktwirtschaftlich geregelt werden sollen, und wann ist gegebenenfalls mit der Zuteilung dieser Benzinbezugsscheine zu rechnen?
31. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wie werden die staatlichen Zuschüsse im Bereich der Forschungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen bei den Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung und Vertragsforschung steuerlich behandelt?
32. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Welche unterschiedlichen Eingrenzungskriterien des Unternehmensbereichs kleine und mittlere Unternehmen werden bei der Gewährung staatlicher Zuwendungen für Forschung und Entwicklung in den Fällen von Investitionszulagen und Erstinnovationsförderung im einzelnen verwendet?
33. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Welche unterschiedlichen Eingrenzungskriterien des Unternehmensbereichs kleine und mittlere Unternehmen werden bei der Gewährung staatlicher Zuwendungen für Forschung und Entwicklung in den Fällen von Personalzulage für Forschung und Entwicklung und Vertragsforschung im einzelnen verwendet?

34. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit im Rahmen der EG, Maßnahmen zu einer Restrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie zu fördern?
35. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dem Beispiel einiger Länder folgend, Altglas-Rückgewinnungsmaßnahmen – besonders auch im Sinne möglicher Energieeinsparung – im Rahmen eines Bundesprogrammes zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

36. Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, wie hoch der Anteil der Energiekosten an den Lebensmittelpreisen ist, nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe Preiserhöhungen u. a. wegen der angespannten Lage auf dem Ölmarkt angekündigt hat?
37. Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Förderung der Dorferneuerung nach 1980, wenn das Zukunftsinvestitionsprogramm ausläuft, zusammen mit den Ländern eventuell im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes fortzusetzen?
38. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)	Kann die Bundesregierung mitteilen, welche zusätzlichen Maßnahmen der EG geplant sind, um der thailändischen Landwirtschaft, die durch die Beschränkung der Tapiokaeinfuhr in die EG betroffen ist, zu helfen?
39. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Welche finanziellen Förderungsmaßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen oder beabsichtigt sie vorzusehen, um die Benachteiligung der Landwirte in den marktfernen und finanziell schwachen Zonenrandgebieten bei der Durchführung von Krank- und Notschlachtungen in Isolierschlachträumen auszugleichen?
40. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung detaillierte Auskunft darüber geben, was die EG-Kommission zu einer erneuten Erweiterung der Hopfenflächen nach dem 31. Dezember 1979 gesagt hat?
41. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, ab 1. Januar 1980 wieder eine Erweiterung der Anbauflächen zuzulassen, um dann wahrscheinlich im Jahr 1983/85 wieder mit Rodungsprämien, wie gehabt, die Überschußproduktion zu vermindern?
42. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Ist gesichert, daß die Bewilligung von Bundesmitteln für Maßnahmen des Naturschutzes im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren nicht verzögernd auf den Verfahrensablauf wirkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Mediziner in der Bundesrepublik Deutschland arbeitslos sind, und in welchen Regionen bzw. Großstädten diese Arbeitslosigkeit am größten ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

44.	Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesverteidigungsminister in der Fragestunde der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 26. April 1979 zu Frage Nr. 67 erwähnte Überprüfung des Gerätedepots Rheine durch eine STAN-Kommission nicht die Bewertung des Dienstpostens des S-2-Feldwebels zum Inhalt hatte, und die Streichung dieses Dienstpostens schon vorher durch eine Projektgruppe „neue Organisationsform in Heeresdepots" auf Grund einer „Selbstaufschreibung" durch das betreffende Personal vorgeschlagen worden war?
45.	Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung entschieden, welcher Standort für das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr vorgesehen ist?
46.	Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)	Für welchen Zeitpunkt ist die Aufstellung dieses Amts vorgesehen?
47.	Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß den Beamten der Bundeswehr regelmäßig ein Auszug aus Dateien mit den darin gespeicherten personenbezogenen Daten übersandt wird?
48.	Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)	Plant die Bundesregierung, auch den Soldaten einen Auszug aus dem DV-System „PERFIS" zuzusenden?
49.	Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das von der Industrie-Anlagen-Beratungsgesellschaft vorgelegte und von ihr in Auftrag gegebene Medienkonzept den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses zur Kenntnis zu geben?
50.	Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)	Wie ist der derzeitige Sachstand im Hinblick auf die Errichtung einer „Medienzentrale" im Bereich des Bundesverteidigungsministers?
51.	Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)	Wie ist die Aufgabenverteilung, Auslastung und Arbeitsweise der Lehr- und Pressestelle der Film-Bild-Ton-Bonn im derzeitigen Medienkonzept des Bundesverteidigungsministers?
52.	Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)	Wie ist die Aufgabenverteilung, Auslastung und Arbeitsweise des Zentrums „Programmierte Ausbildung" München im derzeitigen Medienkonzept des Bundesverteidigungsministers?

53. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in Leserzuschriften behauptet wird, die in „bundeswehr aktuell" vom 13. Juni 1979 veröffentlicht wurden – in den Standorten Hannover und Braunschweig eine einheitliche Einkleidung und Ausrüstung der Soldaten nicht gewährleistet ist, und wenn ja, welche Maßnahmen sind vorgesehen, die dort und evtl. auch im Bereich anderer Wehrbereichsverwaltungen auftretenden Schwierigkeiten zu verhindern?

54. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Treffen Berichte zu, daß Bekleidungskammern der Bundeswehr teilweise auf der Ebene der Bataillone so schlecht bevorratet sind, daß mitunter nur Bruchteile der einberufenen Rekruten bei Dienstantritt eingekleidet werden können, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Mißstände zu unternehmen?

55. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Bundesgrenzschutz auf 5,3 Polizeivollzugsbeamte eine Verwaltungskraft entfällt, während es bei der Bundeswehr pro Verwaltungskraft nur 3,3 Soldaten sind, und womit rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls das um 1,6 mal höhere Verwaltungspersonal bei der Bundeswehr gegenüber dem Bundesgrenzschutz?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

56. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der N-Dimethylnitrosamin-Gehalt in einer Tablette des vom Bundesgesundheitsamt aus dem Verkehr gezogenen Aminophenazon um das 2000 fache kleiner ist als die Menge, die in einem Kilogramm Fleischwaren, Fisch und Käse mit dem spezifischen TFA-Analyzer nachgewiesen wurde, und was gedenkt sie zu tun, um das Überhandnehmen von Arzneimittelgruppen auf Grund geringfügiger Beistoffmengen mit dem Verdacht auf Toxität bzw. Cancerogenität zu verhindern?

57. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zu verhindern, daß aus dem Bundesgesundheitsamt Mitteilungen über gesundheitsschädliche Wirkungen von Arzneimitteln, Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen an die Presse gelangen, die diese in großer Aufmachung als neueste Erkenntnisse publiziert, ohne daß exakt wissenschaftlich fundierte Ergebnisse und unwiderlegbare Beweise hierüber vorliegen, und wie gedenkt die Bundesregierung im Fall der Gegenbeweisführung, die den betroffenen Herstellerfirmen entstandenen, zum Teil erheblichen, finanziellen Schäden zu ersetzen?

58. Abgeordneter **Westphal** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß und in welchem Umfang Organisationen wie „medico international" bei Ärzten Medikamente zur Verwendung in Entwicklungsländern und Katastrophengebieten sammeln, und wie beurteilt die Bundesregierung solche Sammlungen?

59. Abgeotdneter **Westphal** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß sehr oft Medikamente in diese Sammlung eingehen, die kurz vor der Erreichung ihres Verfalldatums stehen, und wie beurteilt die Bundesregierung dies vor dem Hintergrund des Gebots der Arzneimittelsicherheit?

60. Abgeordneter **Westphal** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Kontrollen zu gewährleisten, daß auf diesem Weg unwirksame, verfallene oder gar schädliche und gefährlich gewordene Arzneimittel in Entwicklungsländern und Katastrophengebieten nicht zur Anwendung an den Menschen gelangen?

61. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, daß die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland wieder zunimmt, und welches sind gegebenenfalls die Gründe für diese Entwicklung?

62. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß gegebenenfalls diese Entwicklung wirkungsvoll bekämpft werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

63. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine weiträumige Westumgehung der B 19 um die Stadt Münnerstadt noch vor 1985 zu finanzieren oder diese Umgehung bei der Fortschreibung des Bundesfernstraßenplans über 1985 hinaus zu berücksichtigen?

64. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß nach § 34a StVZO in Schulbussen jeweils zwei Plätze von drei Schülern besetzt werden dürfen, obwohl die Schüler regelmäßig mit vielem Gepäck (Lernmittel usw.) beladen sind?

65. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wird die Bundesregierung den Vorschlag eines Automobilverbands, Radwege künftig farbig zu gestalten und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen in ihre Überlegungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit mit aufnehmen?

66. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wird die Bundesregierung die vom Europäischen Parlament erhobene Forderung übernehmen, in bezug auf verkehrspolitische Kontrollen und Formalitäten folgende Maßnahmen zu ergreifen: das Abstempeln des Begleitscheins für die Inanspruchnahme einer bi- oder multilateralen Beförderungsgenehmigung soll nicht mehr an den Grenzen, sondern an der Bestimmungszollstelle erfolgen, bzw. die Überprüfung der Zulassungsnachweise von Kraftfahrzeugen und der Einhaltung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr an den Grenzen müssen abgeschafft werden?

67. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne dieser Entschließung des Europäischen Parlaments auch dann zu handeln, wenn andere EG-Länder dazu nicht bereit sind?

68. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird an dem Bau der südlichen Güterbahn zwischen Hamburg und dem Rangierbahnhof Maschen noch festgehalten, und wenn ja, wie weit sind die Planungen und Vorbereitungen dazu gediehen?

69. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Unter welchen Voraussetzungen billigt die Bundesregierung Baupläne und Finanzierung für Bundesstraßen in dichtbebauten innerstädtischen Wohngebieten, die in unterirdischer Bauweise (analog dem Bau von U-Bahnen) durchgestreckt werden, um so die oberirdische Wohnbebauung ganz oder überwiegend erhalten zu können?

70. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Werden solche unterirdischen Durchstreckungen in dichtbebauten innerstädtischen Wohngebieten auch bei erhöhten Kosten genehmigt, wenn im übrigen die planerische und technische Durchführbarkeit gesichert ist?

71. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Wie ist die Bundesregierung seit 1972 ihren aus Artikel 3 des Vertrags über die Grundlagen eines Verkehrs- und Tarifverbunds im Verkehrsraum Frankfurt festgelegten Verpflichtungen gerecht geworden, ihre Verkehrsplanung – insbesondere bei der Planung von Straßenbaumaßnahmen mit dem FVV – abzustimmen?

72. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Bei welchen Projekten ist die Bundesregierung seit 1972 ihrer aus Artikel 3 des Vertrags über die Grundlagen eines Verkehrs- und Tarifverbunds im Verkehrsraum Frankfurt festgelegten Verpflichtungen gerecht geworden, ihre Verkehrsplanung – insbesondere bei der Planung von Straßenbaumaßnahmen mit dem FVV – abzustimmen?

73. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß nach § 34a StVZO in Schulbussen jeweils zwei Plätze von drei Schülern besetzt werden dürfen, obwohl die Schüler regelmäßig mit Schulgepäck beladen sind?

74. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den § 34 a StVZO zu ändern?

75. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Gibt es bereits Überlegungen, nach welchen Grundsätzen und Notwendigkeiten die Vergabe von Gutscheinen für Benzin, Diesel- und Heizöl im Fall von staatlichen Rationalisierungsmaßnahmen geregelt werden soll, und wenn ja, welcher Art sind diese?

76. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, in welchem Verhältnis bei Personenkraftwagen der Durchschnittsverbrauch gemessen an Liter pro 100 Kilometer von Benzin und Dieselöl im Stadtverkehr zu dem Verbrauch bei Fahrten auf Land- und Fernstraßen steht, und welche Konsequenzen könnten gegebenenfalls im Hinblick auf Energieersparnisse daraus gezogen werden?

77. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Plant die Deutsche Bundesbahn die Einführung eines fahrpreisermäßigenden „Behinderten-Passes" für Fernfahrten (analog Seniorenpaß usw.), und will die Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn gegebenenfalls dazu veranlassen?

78. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, im Zuge des geplanten S-Bahn-Gleisbaus im Streckenabschnitt Haar – Zorneding den ebenfalls neugeplanten S-Bahnsteig Baldham mit behindertengerechten Zugängen auszustatten?

79. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Welche zusätzlichen Kosten würden durch die Einrichtung solcher Zugänge entstehen, und hält die Bundesregierung diese Kosten für vertretbar?

80. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Welchen Wert mißt die Bundesregierung Zählungen von behinderten Benutzern des Streckenabschnitts Haar – Zorneding, der bisher keine behindertengerechten Zugänge hat, bei, und beabsichtigt sie, die Ergebnisse dieser Zählungen zur Grundlage ihrer Entscheidung zu machen?

81. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist bekannt, ob der auf der Bundesbahnstrecke Venlo – Mönchengladbach – Köln eingesetzte Wagenpark der holländischen Staatsbahn dem Standard des in den Niederlanden verwendeten Wagenparks der holländischen Staatsbahnen entspricht, und was kann in Verhandlungen mit den niederländischen Staatsbahnen gegebenenfalls erreicht werden, um die Sauberkeit des Wagenparks und die Beheizbarkeit der Wagen in der Winterperiode dem Standard vergleichbarer Züge im innerdeutschen Verkehr anzugleichen?

82. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen des Anpassungs- und Sicherungsprogramms den Fährverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal einzuschränken, oder hält sie an Stelle einer Einschränkung im Hinblick auf die Ölkrise eine Ausweitung des Fährverkehrs für zweckmäßig, die es den Kraftfahrern ermöglicht, Energie einzusparen, indem sie bei einer Kanalüberquerung dann gegebenenfalls kürzere Wegstrecken mit ihrem Wagen zurückzulegen haben?

83. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag mehrerer Träger öffentlicher Belange (z. B. der Stadt Leun, Lahn-Dill-Kreis), die Lahntalstraße B 49 zwischen Wetzlar und Weilburg autobahnmäßig auszubauen, um diese besonders unfallträchtige Straße zu entschärfen?

84. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Unter welchen Umständen ist die Bundesregierung bereit, eine derartige Maßnahme in einem vorgezogenen Programm nach Abstimmung mit den entsprechenden Behörden des Landes Hessen umgehend zu verwirklichen, zumal der ursprünglich vorgesehene Bau der Autobahn Reißkirchen-Montabaur dadurch weitgehend überflüssig würde?

85. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Erscheint die Planung der A 87 sowie ihre Trassenführung auf der Stuttgarter Gemarkung unbedingt notwendig, und wird bei der bisherigen Planung der Umweltschutz sowie die Schonung landwirtschaftlichen Bodens mit höchsten Bodenwertzahlen sorgfältig beachtet?

86. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost zur Konsolidierung des Bundeshaushalts 1979 wieder Sonderablieferungen an den Bund leisten wird, und wenn ja, wie vereinbart sich diese Sonderzahlung mit den Gebührenhaushalten der Deutschen Bundespost?

87. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Was hat die Deutsche Bundespost nach Auswertung der Erfahrungsberichte über die Schneekatastrophe in Norddeutschland unternommen, um den Funk- und Fernsprechverkehr in Schleswig-Holstein zu verbessern (siehe Drucksache 8/2464, Teil B Nr. 142)?

88. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Womit erklärt sich die Bundesregierung, daß die Deutsche Bundespost viele Kunden verloren hat, die jetzt private Dienste – z. B. bei der Paketbeförderung – in Anspruch nehmen, und wie hoch schätzt sie die hierdurch der Deutschen Bundespost entstandenen Einnahmeausfälle?

89. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie vertragen sich die unterschiedlichen Öffnungszeiten vergleichbarer Postanstalten (Postämter) innerhalb eines Oberpostdirektionsbezirks mit einem „kundenfreundlichen" Service, und ist beabsichtigt, den Kundendienst der Deutschen Bundespost noch weiter einzuschränken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

90. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, die er am 18. Juni 1979 in Berlin geäußert hat, es könne bezüglich der Journalistenvereinbarung mit der DDR „gerade auf diesem Gebiet am allerwenigsten sogenannte wasserdichte Vereinbarungen geben", weil der Bereich Medien und Kommunikation an ein ganz wesentliches Mittel kommunistischer Machtausübung stoße, und wenn ja, ist nicht die diesbezügliche Vereinbarung mit der DDR viele Jahre lang anders bewertet worden?

91. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Was bedeutet der Hinweis des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen in der gleichen Rede, „Nichtsdestoweniger – ich bin immer noch bei der Journalistenfrage – wird der Vorgang auf unsere künftige Verhandlungsführung selbstverständlich seine Auswirkungen haben", prinzipiell für Verhandlungen mit der DDR, und was bedeutet er für diesen konkreten Punkt?

92. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Wertung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen in der gleichen im Bulletin der Bundesregierung veröffentlichten Rede, „Langatmigkeit, ein gewissermaßen stolperndes Vorangehen mit zwischendurch Pausieren und Palavern: das ist sozusagen das Normale an diesem Normalisierungsprozeß" mit der DDR, und wann wird dieses langatmige Pausieren und Palavern einer regen Aktivität weichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

93. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in einem Alternativszenarium zur Energiepolitik enthaltene Feststellung, der Nettoheizwärmebedarf ließe sich im Durchschnitt der Neu- und Altbauten in der Bundesrepublik Deutschland allein durch Maßnahmen der Wärmedämmung mit Kosten von etwa 150 DM/qm auf etwa ein Viertel des heutigen Bedarfs reduzieren, und welche Änderung der Lebensgewohnheiten müßte damit einhergehen?

94.	Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Ist es nach Auffassung der Bundesregierung realistisch, davon auszugehen, daß sich bis zum Jahr 2000 die Ausnutzungsdauer der installierten Kapazität der Kohlekraftwerke auf 5600 Stunden/Jahr und der Kernkraftwerke auf 6300 Stunden/Jahr insbesondere auch hinsichtlich der Versorgungssicherheit und der immissionsschutzrechtlichen Maßnahmen steigern läßt?
95.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wie werden die staatlichen Zuschüsse im Bereich der Forschungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen steuerlich behandelt, insbesondere bei der Erstinnovationsförderung und der direkten Projektförderung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

96.	Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Auf welche statistischen Angaben bezieht sich Bundesminister Dr. Schmude bei seinen Äußerungen – Pressemeldungen vom 17. Juni 1979 –, daß die Zahl der Ausbildungsplätze in der deutschen Wirtschaft für Schulabgänger in diesem Jahr nicht ausreichten?
97.	Abgeordnete **Fraus Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Wie sieht nach diesen statistischen Angaben die Angebots- und Nachfragesituation nach Regionen aus?
98.	Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Wie sieht nach diesen statistischen Angaben die Angebots- und Nachfragesituation nach Berufsgruppen aus?
99.	Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Wie sieht nach diesen statistischen Angaben die Angebots- und Nachfragesituation nach Jungen und Mädchen aus?

Bonn, den 22. Juni 1979